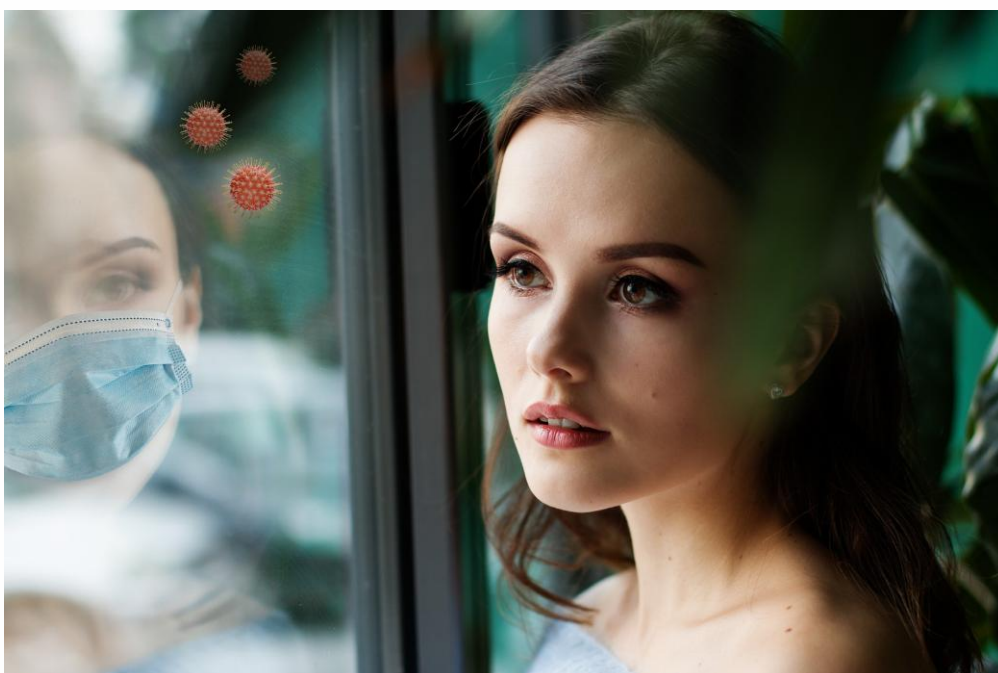

INFORMATIONEN

des Landesverbandes
der Europa-Union M-V

Sonderinformation Nr. 6

Die Europäische Union in Zeiten der Coronakrise

Die Europäische Einigung im 21. Jahrhundert:
Unser Ziel ist der europäische Bundesstaat



15. Juni 2020

Inhalt

1. Vorwort des Landesvorsitzenden der EUD -MV J. Lippold	3
2. Eine Fehlinterpretation der Europäischen Union durch Hendrik M. Broder vom 12. 05. 2020	5
3. Zum Missbrauch von Ängsten	6
4. „Die drei ‚unklügsten‘ Lockerungsargumente“	9
5. „Verschwörungen“?	9
6. Antisemitismus in Coronazeiten	10
7. Aus einer aktuellen Stellungnahme der JEF in MV vom 12. 05. 2020	12
8. Entgeht Deutschland einer zweiten Coronawelle?	13
9. „Abstand, bitte!“	15
10. Verschwörungstheorien: Was Corona mit unserer Gesellschaft Macht	15
11. Der Europatag muss ein Fest des Miteinanders bleiben Thorsten Frank, Vorsitzender der EUD in Augsburg)	16
12. Der Europäische Rat hat Schlussfolgerungen zur Politik der Östlichen Partnerschaft nach 2020 gebilligt	18
13. Mehr Kompetenzen für die EU in der Gesundheitspolitik (Pressemitteilung des Präsidiums der EUD vom 20. 05. 2020)	19
14. Zum deutsch-französischen Vorschlag zur Unterstützung von EU-Staaten bei der Überwindung der Corona-Folgen (Eric Bonse, Korrespondent in Brüssel, am 20. 05. 2020)	21
15. Nicht sparsam, sondern blind!	22
16. EU-Parlament betont sein Mitspracherecht beim Wieder- Aufbauplan nach der Coronakrise	23
17. Zur Vorbereitung der „Zukunftskonferenz“	24
18. Am 1. Juli wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen.	25
19. Grenzenlos europäisch – Beschluss des EUD-Präsidiums vom vom 20. 05. 2020	26
20. Information über einen Offenen Brief des UEF-Präsidenten Vom 26. 05. 2020 an die Abgeordneten des EP	27

Liebe Europafreundinnen, liebe Europafreunde,

vor Ihnen liegt die mittlerweile sechste Sonderinformation, mit der wir, in den Zeiten der Corona-bedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens, unsere Mitglieder und Interessenten über die Pandemie, Ihre Folgen und Auswirkungen auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben, vor allem aus europäischer Sicht, informieren wollten.

Für die dafür notwendigen und aufwändigen Recherchen, sowie die redaktionelle Bearbeitung sagen wir unserem Ehrenvorsitzenden Prof. J. Gasiecki, herzlichen Dank. Ein ebensolcher Dank gilt den Mitarbeitern der Geschäftsstelle, insbesondere Axel Schöne, der für den organisatorischen Teil, einschließlich Druck und Versand verantwortlich war und ist.

Inzwischen sind viele der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gelockert worden: Kitas haben wieder geöffnet, die Beschränkungen im Gaststätten- und Tourismusbereich sind weitgehend aufgehoben und – aus europäischer Sicht besonders hervorzuheben – die Grenzkontrollen innerhalb der EU werden in den nächsten Tagen (bis auf wenige Ausnahmen) abgeschafft. Damit ist die Freizügigkeit des Personenverkehrs wieder hergestellt.

Auch wir erarbeiten gerade ein Konzept, wie wir unsere Bildungsarbeit und Veranstaltungstätigkeit, unter Einhaltung der Hygieneregeln, wieder aufnehmen können.

Unabhängig davon haben wir in der vergangenen Woche mit einem Pilotprojekt digitales Neuland betreten: Unser Europaabgeordneter und stellv. Landesvorsitzender MdEP Niklas Nienaaß stand online für eine Fragestunde zur aktuellen Europa-politischen Problemen zur Verfügung.

Die Teilnehmer (Mitglieder unseres Verbandes und weitere Interessierte) haben zuvor Fragen schriftlich eingereicht, konnten aber auch online mit N. Nienäß in den Dialog treten. In den nächsten Tagen wird ein Mitschnitt dieser Veranstaltung auf youtube zu sehen sein. Da dieses Projekt durchaus als gelungen bezeichnet werden kann, prüfen wir gegenwärtig, inwieweit dieses Format für weitere Veranstaltungen, Konferenzen und Gremiensitzungen geeignet ist.

Corona macht's möglich und nötig!

Und nun wünsche ich Ihnen/ Euch eine interessante Lektüre,

bleiben Sie gesund,

Ihr Jürgen Lippold

Eine Fehlinterpretation der Europäischen Union

Henryk M. Broder am 12. 05. 2020 in der Zeitung „DIE WELT:

„Die EU ist kein Staat, kein Bundesstaat, nicht einmal ein Staatenbund. Sie ist eine Interessengemeinschaft souveräner Staaten ... Es gibt keine europäische Nation, keine europäische Verfassung und keine europäische Souveränität. Es gibt eine EU-Fahne und eine EU-Hymne. Die Kommission, der Frau von der Leyen vorsitzt, geriert sich gerne wie eine Regierung, ist aber keine. Und das EU-Parlament nennt sich zwar das ‚direkt gewählte Legislativorgan der Europäischen Union‘, aber auch das stimmt nur sehr bedingt. ... Ein luxemburgischer MdEP vertritt etwa 83 000 Einwohner seines Landes, ein französischer zehnmal so viele. Unter solchen Bedingungen von einer ‚europäischen Souveränität‘ zu sprechen, ist schon sehr gewagt.“

Henryk M. Broder, Publizist, Buchautor, „hatte sich einst einen Namen durch bissige Kritiken gemacht, die Antisemitismus entlarvten. Seine Texte waren provokant und aufklärerisch, heute sind sie nur noch provokant“ heißt es aktuell in einer Rezension zu seinen europapolitischen Stellungnahmen. Bereits 2013 veröffentlichte er die Schrift „Die letzten Tage Europas – Wie wir eine gute Idee versenken“. Einige Rezensenten sahen ihn als einen „glühenden Verfechter der europäischen Idee“, andere verstanden ihn als einen „europaskeptischen Publizisten“. Rainer Wieland, Präsident unseres Verbandes sah ihn in diesem Zusammenhang als einen Autor, der „populäre Ressentiments gegen Europa bedient“. Broder veröffentlichte 2014 eine weitere Schrift: „Rettet Europa! Noch mehr Gründe, Europa gegen die EU zu verteidigen – Eine Nachschrift zu ‚Die letzten Tage Europas‘.“ Der obige Text aus einer aktuellen Äußerung von Broder ist ein Indiz dafür, dass er die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union – den Lissabonner Vertrag – gar nicht verstehen will und bewusst fehlinterpretiert. Obwohl er sich selbst als Vertreter der europäischen Gemeinschaftsidee darstellt, kann ich ihn nur als einen publizistischen anti-europäischen Geist sehen.

J. G.

Zum Missbrauch von Ängsten

Im NDR-Podcast "Coronavirus Update" vom 13. Mai 2020 ärgert sich der Virologe Prof. Christian Drosten mit Recht über die Verbreitung von Fake News und Verschwörungstheorien zur Corona-Pandemie.

"Es lässt sich kaum noch zusammenfassen, was in den sozialen Medien kursiert. Häufig in Form von Videos, die zum Teil Millionen von Abrufen haben und voller Unsinn sind. Voller falscher Behauptungen, die überhaupt nicht fundiert sind. Von Personen, die sich dann auf ihre medizinische Ausbildung berufen."

Doch es gehe noch weiter: "Da sind auch richtige Verschwörungstheoretiker dabei, die schon lange vor dem Aufkommen dieser Pandemie über andere Themen, die nicht im Infektionsbereich sind, Verschwörungstheorien verbreitet haben".

Der Autor Fintan O'Toole beklagt in der Zeitung „The Irish Times“ vom 12. 05. 2020, dass das Medienimperium von Rupert Murdoch durch Verbreitung von Falschmeldungen wesentlich zur Verschlimmerung der Situation beiträgt:

„In den meisten Ländern ist es ein Verbrechen, andere Menschen wissentlich zu infizieren oder durch rücksichtslose Fahrlässigkeit die Übertragung eines Virus zu ermöglichen. Spucke auf eine andere Person und du kommst ins Gefängnis. Wenn du aber aus Profitgier die Leben von Millionen Menschen aufs Spiel setzt, indem du sie mit Lügen zuschüttest, verzichst du einfach nur gnädigerweise auf deine jährliche Bonuszahlung, so wie es Murdoch am vergangenen Freitag verkündete. Er unterscheidet sich in keiner Weise von einem Minenbesitzer, der seine Arbeiter in einsturzgefährdete Stollen schickt, oder von einem Chemie-Mogul, der genau weiß, dass seine Anlage die lokale Bevölkerung vergiftet.“

In den letzten Wochen haben die Falschmeldungen zu Ursachen der Corona-Pandemie und den angeblichen Gefahren für die Demokratie durch die Schutzmaßnahmen einen wachsenden Platz in den Medien und auf Kundgebungen, Demonstrationen und „Spaziergängen“ eingenommen. Es liegt uns fern, Menschen zu kritisieren, die Isolationsängste bekommen oder depressiv werden. Die Mentalität ist nun mal unterschiedlich. Wir wenden uns aber entschieden gegen alle Versuche, die Situation auszunutzen und die Menschen zu verunsichern. Das schließt auch die Ablehnung der AfD-Veranstaltung in Neubrandenburg am 16. 05. 2020 ein, die unter Beteiligung von Vertretern der AfD-Parteispitze unter der demagogischen Losung „Freiheit statt Überwachungsstaat“ stattfand.

Wir wollen hier ein weiteres Beispiel dafür bringen, wie unter dem Vorwand, „Verhältnismäßigkeit wahren“ zu wollen, die Angst vor einer „Gesundheitsdiktatur“ gestärkt wird. Die Juristin, Brandenburger Verfassungsrichterin und

Schriftstellerin Juli Zeh hat in der Zeitschrift FOCUS, Nr. 15/2020, einen sehr widersprüchlichen und durchaus fragwürdigen Artikel veröffentlicht. Sie stimmt bereits mit der Überschrift ihres Beitrages „Grundrechte sind kein Luxus nur für gute Zeiten“ in den Chor derjenigen ein, die den Bürgern suggerieren, dass ihre verfassungsgemäßen Grundrechte unzulässig beschnitten werden. Sie verweist darauf, dass sie bereits vor längerer Zeit einen Roman über eine solche Situation veröffentlicht hat und schreibt dazu:

„Vor elf Jahren habe ich in meinem Roman ‚Corpus Delicti‘ eine Gesellschaft beschrieben, die sich in einen Gesundheitsstaat verwandelt hat. In diesem System werden bürgerliche Freiheiten dem Erhalt der Volksgesundheit geopfert. Aus Angst vor Infektionen verlassen die Menschen kaum noch das Haus, und wenn doch, dann nur mit Mundschutz, weil sie jeden Mitbürger als potentielle Keimschleuder fürchten. Staatlich verordnete Gesundheitstests sind selbstverständlich, ebenso Zuckerverbot, Sportpflicht und ständige Überwachung jedes Individuums. Die Staatsmacht liegt nicht bei Parlamenten, sondern bei Experten. Ihren Erhalt garantiert eine agitierte Bevölkerung durch soziale Kontrolle. Von Lesern wurde ich damals gefragt, warum sich die Menschen in dieser Geschichte nicht gegen die Gesundheitsdiktatur wehren. Warum sie sich das alles gefallen lassen.“

Die Situation ihres Romans überträgt sie dann auf die Gegenwart:

„Heute zeigen sich laut ‚Politbarometer‘ knapp 90 Prozent der Deutschen mit Maßnahmen einverstanden, die aufgrund der Ausbreitung von Covid-90 große Teile ihrer Grundfreiheiten quasi auf null setzen. ... Die wenigsten Bürger scheint das zu stören. ... Natürlich ist es notwendig und richtig, etwas gegen die Ausbreitung von Covid-90 zu unternehmen. Nicht notwendig oder richtig ist die Behauptung, es müsse ‚alles getan‘ werden, weil im ‚Krieg gegen das Virus‘ alles erlaubt sei. Solche Äußerungen ignorieren die Existenz von Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtsschutz. Dass sie trotzdem so hohen Zuspruch finden, ist für unsere Gesellschaft langfristig bedrohlicher als die Krankheit selbst.“ Daraus leitet die Verfassungsrechtlerin dann Thesen ab, die gefährlich sind, weil sie auf einer Fehleinschätzung der Ziele von Politik in der Bundesrepublik beruhen:

„Angesichts der Pandemie verwandelt sich Politik zunehmend in eine Form von Gefahrenabwehr. Dabei heiligt der Zweck die Mittel und duldet keinen Widerspruch. ... Was, wenn das Virus zurückkommt? Oder sich ein anderes zeigt? Und wäre es nicht auch im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung schön, viel mehr Kontrolle über die Menschen zu haben? Was spräche eigentlich dagegen, wenn jeder Bürger ein Armband trüge, das ständig Aufenthaltsort, Emotionen und Gesundheitszustand an die Behörden übermittelt?

Überwachte Grenzen, dokumentierte Mobilität, Vitaldatenüberwachung – das alles sind nützliche Instrumente, wenn man bereit ist, Prävention für das

höchste politische Ziel zu halten. Dann lässt sich der Irrtum, es gebe Sicherheit und Gesundheit nur um den Preis der Freiheit, mühelos ins Unendliche verlängern.

Um das zu verhindern, dürfen und müssen wir Bürger auf unsere Grundfreiheiten pochen – auch in ‚Zeiten wie diesen‘ und erst recht danach. ... Niemand muss aufgrund von Demokratie-Entzug in einer Schockstarre verharren. Niemand muss sich behandeln lassen wie ein Kind, dass kein Mitspracherecht besitzt, weil es nicht weiß, was gut für es ist. ... Eine Pandemie, die Menschen krank macht, ist schlimm genug. Eine Pandemie, die den Rechtsstaat befällt und die freiheitliche Gesellschaft womöglich unheilbar erkranken ließe, wäre noch schlimmer.“

Meine Meinung ist: Frau Zeh versucht, „den Teufel mit Belzebub auszutreiben“. Sie will die verfassungsmäßige Ordnung vor Schaden bewahren und den Rechtsstaat schützen. Insgesamt erreicht sie das Gegenteil! Sie schürt die Angst der Menschen vor einer angeblichen Zerstörung der Demokratie. Gerade diese Angst ist aber das Gefährliche, weil hier die Möglichkeit entstehen kann, politischen Rattenfängern zu folgen!

Dieter Rucht, emeritierter Soziologieprofessor, äußerte sich am 13. 05. 2020 In einem Interview mit „Cicero“-Online u. a. zu den Ursachen der Übernahme von Verschwörungstheorien:

„Man kann den Sinn und das Ausmaß einzelner Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie durchaus bezweifeln. Aber es wäre absurd, gegenwärtig den Faschismus oder einen Orwellschen Staat zu befürchten, wie es manche Verschwörungstheoretiker tun. ... Viele Leute kommen mit differenzierten und ambivalenten Botschaften nicht zurecht. Es gibt ja zum Teil durchaus berechtigte Kritik an der Regierung, zum Beispiel hinsichtlich der Frage, woran die Intensität der Coronakrise gemessen wird. ... Diese Kritik daran ist nicht per se verwerflich ... -Man muss das aushalten können, dass eine komplexe Realität auch vielstimmige Antworten und Vorschläge hervorruft. Es gibt aber Menschen, die mit solchen Grautönen überhaupt nicht zurechtkommen. Die wollen glasklare Ansagen: Das ist das Problem! Das ist der Verursacher! Und das ist die Lösung! Ein Abwägen, ein Tasten, ein Einerseits/Andererseits, wird von diesen Leuten nicht akzeptiert. ... Berechtigte Kritik ist sach- und faktenbezogen und insofern überprüfbar. Sie kann auf dieser Grundlage durchaus meinungsstark sein. Dagegen beruhen Verschwörungstheorien im Kern auf Andeutungen, Falschinformationen und Wahnvorstellungen. Das Perfide daran ist, dass Verschwörungstheorien auch einzelne Fakten enthalten können und deshalb insgesamt für real gehalten werden.“

Joachim Gasielki

####

Die 3 „unklügsten“ Lockerungsargumente

„Platz 3: „Wir haben bessere Werte erreicht, also können wir das Leben wieder normalisieren.“ Das entspricht einem Alkoholiker, der zwei Monate nichts getrunken hat und sagt: „Ich hab’s geschafft! Darauf trinke ich erstmal eine!“

Platz 2: „Grenzöffnungen sind jetzt vernünftig Das Virus macht doch vor Grenzen nicht halt.“ Natürlich macht das Virus vor Grenzen halt, wenn Menschen es nicht transportieren. Oder hatte der überaus kluge weißrussische Präsident doch recht, als er feststellte: „Hier gibt es keine Viren – oder sehen Sie welche herumfliegen?“

Platz 1: Traaa! Glückwunsch! „Das Grundgesetz gibt derartige Eingriffe in die Freiheitsrechte nicht her.“ Zwar gibt es das Infektionsschutzgesetz (2. Abschnitt: Koordinierung und epidemische Lage von nationaler Tragweite) – aber es ist doch verlockend, für die eigene Freiheit zu sterben. Wie stolz wird mein Sohn sein, wenn er die neu geschaffene Medaille „Held der Freiheit“ an meinem Grab entgegennimmt.“

(Uwe-M. Troppenz, Parchim, Lesermeinung im Vier Tore BLITZ am Sonntag, Neubrandenburg, Nr. 20 vom 17. Mai 2020

„Verschwörungen?“

„Verschwörungstheoretiker glauben nicht an eine üble Laune der Natur. Das Coronavirus sei menschengemacht, sagt die Sprecherin eines Online-Senders, gezüchtet im Labor. Und wer finanziere eines der Labore im chinesischen Wuhan? Der amerikanische Milliardär George Soros. ...

Für Verschwörungstheoretiker hängt alles mit allem zusammen, nichts geschieht ohne Grund, der Wahnsinn hat System, auch hinter dem Virus steckt ein Wille. Nur welcher? Da ist man sich nicht ganz einige im Kreis der Erleuchteten. Impfgegner sind überzeugt, dass sie im Katalog der Pharmaindustrie blättern; selbst ernannte Ökonomen glauben an einen Hütchentrick der Banken, um das ‚Weltvermögen‘

günstig aufzukaufen oder das Bargeld abzuschaffen; Antisemiten machen Juden und Zionisten für purzelnde Aktienkurse verantwortlich; Prediger eines allumfassenden Ränkespiels wittern einen Putsch der ‚Weltgesundheitsregierung‘.

In der bizarren Welt der Verschwörungstheorien ist nichts zu weit hergeholt, um nicht behauptet zu werden, frei nach dem Motto: Je absurder der Clown, desto größer die Aufmerksamkeit.“

(Frank Werner, Chefredakteur von „ZEITGeschichte“, Nr. 3/2020, S. 4)

„Die meisten [Verschwörungstheoretiker] sind ja der Überzeugung, der Menschheit durch ihre ‚Enthüllungen‘ einen Dienst zu erweisen. Es gibt natürlich auch einige, die aus politischen oder ökonomischen Gründen mit Verdächtigungen spielen. Manchmal entwickelt sich das eine aus dem anderen: Die konspirativen Unterstellungen gegen George Soros wurden ... von zwei Mitarbeitern aus dem Stab Viktor Orbans ausgebrütet – mittlerweile soll Orban aber selbst an sie glauben.“

(Michael Butter, Universität Tübingen, in einem Interview „Wie ein Buschfeuer im Kopf“ in „ZEITGeschichte, Nr. 3/2020, S. 115)

Antisemitismus in Corona-Zeiten

„Antisemiten ohne Mundschutz“

„Allerorten bricht der Judenhass hervor, manchmal unverhohlen, manchmal verpackt in krude Verschwörungstheorien.

Solche findet man derzeit vor allem bei Wortführern der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. So verbreitet der Vegan-Koch Attila Hildmann wirres Zeug von einer ‚Agenda, die dunkle Eliten seit Jahrzehnten minutiös geplant haben‘. Der Blogger Ken Jebsen, der nun dazu aufruft, aufzustehen, um nicht in einer Diktatur aufzuwachen, ließ sich schon vor Jahren über ‚Verkünder einer neuen Weltordnung‘, ‚allen voran radikale Zionisten‘, aus, deren ‚Lieblingssport im Schlachten von Arabern‘ bestehe. Wohin dieser Hass führt,

dürfte jedem klar sein. Und so sollte auch jeder, der gerade gegen die Corona-Maßnahmen demonstriert, darüber nachdenken, mit wem er da eigentlich den Schulterschluss sucht, nur weil er keinen Mundschutz tragen will.“

(Aus einem Beitrag von Philip Eppelsheim in „Frankfurter Allgemeine Woche“, Nr. 21/2020, S. 8)

####

Zunehmender Antisemitismus bei den aktuellen Demonstrationen

Angesichts zunehmender Demonstrationen gegen die Auflagen in der Corona-Krise hat Außenminister Heiko Maas die Bürger gewarnt, sich von Extremisten vereinnahmen zu lassen. „Wenn radikale Extremisten und Antisemiten Demonstrationen benutzen, um zu hetzen und zu spalten, dann sollte jeder deutlich mehr als nur 1,5 Meter Abstand halten“, sagte der SPD-Politiker der „Welt“. Demokraten sollten sachlichen Protest ernst nehmen - „Die Freiheiten des Grundgesetzes, auf die sich die Demonstranten berufen, finden allerdings ihre Grenze in der Freiheit unserer Mitmenschen“, sagte Maas.

Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, forderte die Behörden auf, das Tragen von nachgebildeten Judensternen bei den Demonstrationen härter zu bestrafen. „Das ist absolut nicht hinnehmbar und sollte gegebenenfalls auch strafrechtlich verfolgt werden“, sagte er der „Rheinischen Post“. Auf solchen Demos werde die Schoah relativiert, indem etwa die Maskenpflicht mit dem Tragen des Judensterns im Nationalsozialismus verglichen werde. Klein erklärte, die aktuelle Weltgesundheitskrise schaffe ein Klima der allgemeinen Verunsicherung, in dem die Anfälligkeit für irrationale Scheinerklärungen steige. Die Gesellschaft sei insgesamt gefordert, diesen Trend zu stoppen. „Wir alle müssen dazu beitragen, Verschwörungsmythen zu entschlüsseln und öffentlich, etwa in den sozialen Medien, zu widerlegen.“

**Aus einer aktuellen Stellungnahme der
JEF Mecklenburg-Vorpommern vom 12. 05. 2020
(Von Felix Hohlfeld, Stellv. Vorsitzender der JEF Mecklenburg-
Vorpommern, z. Z. im Freiwilligen Sozialen Jahr im
Schweriner Landtag)**

Die Coronakrise mag die größte Belastungsprobe für die EU seit deren Anbeginn sein, die letzte wird sie aber nicht sein. Spätestens bei der Frage nach einem gemeinsamen Wiederaufbau und der Abfederung der wirtschaftlichen Kosten wird sich das in aller Deutlichkeit offenbaren. Vielleicht schlägt sie erst noch, die Stunde der Europäischen Union. Zu hoffen wäre es, denn nach Corona braucht es nicht nur umfassende Wirtschaftshilfen, sondern auch tiefgreifende institutionelle Reformen.

Eine supranationale Kompetenzerweiterung im Gesundheitsbereich ist angesichts sich global ausbreitender Pandemien ebenso überfällig wie eine gemeinsame europäische Sozialpolitik. Dass eine deutsche Kassiererin mehr verdient als eine italienische, ist im 21. Jahrhundert niemandem mehr zu erklären. All das mag Zukunftsmusik sein und soll die unmittelbare Gefahr des Virus keineswegs relativieren. Wer sich im Angesicht akuter Herausforderungen in Utopien über das Idealbild eines europäischen Föderalstaats verliert, läuft Gefahr, den Realitätsbezug zu verlieren, die Krise herunterzuspielen und sie als Spielball politischer Interessen zu instrumentalisieren.

Das kann und darf selbstverständlich nicht unsere Absicht sein. Doch zwischen Realitätsflucht und politischer Instrumentalisierung der Krise einerseits und dem kritiklosen, leichtherzigen Abnicken des Status Quo andererseits gibt es einen dritten Weg: das Virus ernst zu nehmen, es jetzt zu bekämpfen, politische Entscheidungen aber gleichzeitig kritisch zu reflektieren und Schlüsse und Lehren zu ziehen aus einer Krise, in der sich die EU bislang - gelinde formuliert - nicht gerade von ihrer besten Seite gezeigt hat.

Mit der Pandemie steht die Europäische Union nun also vor einem schicksalhaften Scheideweg: Wird sie der Zerreißprobe zum Opfer fallen und dafür die Sternstunde der Nationalstaaten anhalten? Oder

wird sie ihr standhalten und langfristig zu dem avancieren, wofür Europäische Föderalist*innen schon immer gekämpft haben: eine integrative, föderale und vor allem solidarische Union? Dieses Europa scheint im Licht von Corona in weiter Ferne. Gedanken darüber sollten wir uns aber schon heute machen - im Sinne des Europäischen Föderalismus.

Entgeht Deutschland einer zweiten Corona-Welle?

Der Virologe Christian Drosten hält es für möglich, dass Deutschland eine zweite Corona-Welle erspart bleibt. „Vielleicht entgehen wir einem zweiten Shutdown“, sagte der Virologe vom Berliner Universitätsklinikum Charité Ende Mai.

Die Wissenschaft habe inzwischen ein besseres Verständnis des Infektionsgeschehens. „Jetzt kennen wir das Virus genauer, wir wissen besser, wie es sich verbreitet.“ Dies geschehe über wenige sogenannte Superspreader, also Infizierte, die für viele Ansteckungen verantwortlich sind. „Und ein solches Infektionsgeschehen kann man besser kontrollieren als eine gleichförmige Ausbreitung unterm Radar, wie wir das am Anfang angenommen haben.“ Es gebe jetzt eine „theoretische Möglichkeit“, dass die Deutschen „ohne zweite Welle durchkommen“.

Wichtig sei nach wie vor, einen möglichen Ausbruch früh zu erkennen und zu stoppen, indem sämtliche Kontaktpersonen in Quarantäne kommen, ohne sie vorher erst langwierig zu testen. Dafür könnte die Zeit der Quarantäne aber deutlich verkürzt werden. Kontaktpersonen müssten künftig nur eine gute Woche in der Isolation verbringen, denn die Inkubationszeit und die Zeit, in der ein Mensch ansteckend sei, sei deutlich kürzer als anfangs gedacht.



**Schrein im Dommuseum zu Aachen mit der Hl. Corona in der Mitte
(Abb. von Oliver Berg, dpa)**

„Abstand, bitte!“

„In dieser zwischenmenschlichen Zwangslage für alle, denen ihre anderthalb Meter Sicherheitskordon heilig sind, hate eine Vorarlberger Entwicklergruppe schon das große Geschäft gewittert. Sie arbeitet an einem Sensor zum Anheften, der piept und blinkt, sobald einem jemand zu nahe rückt. Indische Designer wollen Halsreifen und Sonnenbrillen mit eingebauten Abstandsmessern auf den Markt werfen, die ähnlich funktionieren. Eine analoge Blödelvariante solcher Gimmicks hat der Sender RTL ins Spiel gebracht, als er die Gäste von Jacqueline Rothes Café Rothe in Schwerin mit Hüten inklusive aufmontierter Poolnudel als Abstandswahrer ausstaffierte. War nicht ernst gemeint, wurde aber ernst genommen von vielen, die Abstandsregeln für Panikmache oder die Deutschen für generell durchgeknallt halten. Schade, dass es noch keinen Sensor für Verschwörungstheoretiker und Covidioten gibt.“

(Aus einer Anmerkung von Ursula Scheer in „Frankfurter Allgemeine Woche“, Nr. 22/2020. S. 37)

####

„Verschwörungstheorien – Was Corona mit unserer Gesellschaft macht“

„Grob vereinfachende Versionen einer komplexeren Realität aufzugreifen, kann verlockend sein, vor allem, wenn diese Realität unserer Wunschvorstellung von ihr krass widerspricht. Extremistische Gruppen ... [haben] haben im vergangenen Jahr alles darangesetzt, das Vertrauen in Institutionen des Establishments zu schwächen, nicht nur im politischen Raum; auch das Vertrauen in Medienunternehmen und, was am dramatischsten ist, in akademische und wissenschaftliche Institutionen wurde von ihnen nach Kräften untergraben. ... Heute setzen sie ihre globalen Netzwerke wirksam

ein und benutzen das Coronavirus als ihr mächtiges neues Treibmittel. Angesichts von politischen Führern, wie etwa Donald Trump, der sich gegen die WHO wendet, und Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro, der die Schwere des Virus anzweifelt, ist ihnen nicht nur mehr Legitimität zugewachsen, sondern auch eine Bühne für Ihre Ideologien und Theorien. In Deutschland haben Celebrity Influencer, wie beispielsweise der Sänger Xavier Naidoo, der nicht nur Zweifel an der Existenz des Virus geäußert, sondern auch QAnon-verwandte Ideen über Trump, der das Virus benutze, um heimlich Massen entführter Kinder aus unterirdischen Tunnels zu befreien. Wie die Coronavirus-Pandemie ist auch die Infodemie ein globales Problem. Wir müssen es international bekämpfen, um zu vermeiden, dieser weltweiten Krise eine dritte Ebene hinzuzufügen: eine gesellschaftliche.“

(Aus einem Aufsatz auf der Webseite der Wissenschaftliche Buchgesellschaft von der österreichischen Extremismus- und Terrorismusforscherin beim Institut for Strategic Dialogue [ISD] in London vom 20. 05. 2020)

####

Der Europatag muss ein Fest des Miteinanders bleiben – Appell von Thorsten Frank, Vorsitzender der Europa-Union Augsburg vom 12. 05. 2020

„Die Art und Weise, wie der Europatag 2020 ‚begangen‘ wurde, bereitet mir große Sorge. Er muss in dieser Form einmalig bleiben, wenn die Demokratie keinen Schaden nehmen soll ... Dass der 9. Mai 2020 in die Geschichte unseres Landes eingeht, überrascht nicht. Die Art und Weise, wie dies geschehen ist, aber schon. Als Pro-Europäer wünscht man sich, dass der 70. Jahrestag der Schuman Erklärung gewürdigt wird, der dem 75. Jahrestag der Befreiung vor den Folgen der Nazi-Herrschaft folgt. Robert Schuman, Konrad Adenauer und viele weitere Menschen vereinbarten fünf Jahre nach dem Ende des

zweiten Weltkrieges konkrete Schritte hin zu einem Europa in Frieden und Freiheit. Sie zogen mit dieser Lehre aus dem unsäglichen Krieg und schufen die Grundlage für ein Europa, das sogar den Friedensnobelpreis erhielt. Menschenrechte zu achten und zu schützen, ist für mich als Bürger ein hohes Gut und daran zu erinnern, wie diese für ganz Europa aufgebaut wurden, eine Ehre.

Denn offensichtlich birgt der Frust zahlreicher Menschen nun die Gefahr, die Retter und die Rettungsversuche, statt den Virus zu bekämpfen. Das ist sehr bedenklich.

Zu solchen Einzelentscheidungen gehört auch, dass nun ausgerechnet am Europatag – dem zentralen Element der Europawoche – statt Europafesten, bei der wir das Miteinander feiern, ausgerechnet Protest-Schilder mit Schlagzeilen in Großbuchstaben wie „1. Notstandsgesetze 2. Gleichschaltung v. Medien 3. Diktatur 4. Endlösung“ oder „Wie konnten sich die Massen unter Hitler nur so dumm manipulieren lassen? Die Corona-Trottel von heute geben die Antwort“ zu sehen sind. Das ist für Freunde von Frieden und Freiheit der Demokratie unwürdig und für Europafreunde unerträglich. Nicht nur, weil es dermaßen grottenfalsch ist, dass sich die Frage stellt, welche Schäden so eine Pandemie beim Verstand mancher Menschen anrichten kann. Es ist unerträglich, weil es das Erbe Robert Schumans und auch die Lehren aus dem zweiten Weltkrieg gleichermaßen beschmutzt.

Mein Appell an alle Verantwortung Tragenden – überlasst diesen 9. Mai nie wieder als Überraschungsgeschenk Menschen, die die Angst anderer für düstere Ideen missbrauchen, sondern lasst uns künftig diesen Tag wieder gemeinsam feiern – damit er das bleibt wofür er ins Leben gerufen wurde: Ein Tag der Freude für Europa und die Menschen.“

####

Der Europäische Rat hat Schlussfolgerungen zur Politik der Östlichen Partnerschaft nach 2020 gebilligt.

"Die heutigen Schlussfolgerungen des Rates berücksichtigen die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 20. Juni 2019 anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Östlichen Partnerschaft sowie die gemeinsame Mitteilung über die Politik der Östlichen Partnerschaft nach 2020 mit dem Titel „Stärkung der Resilienz – eine Östliche Partnerschaft, die allen Vorteile bringt“ vom 18. März 2020". In seinen Schlussfolgerungen begrüßt der Rat die bedeutenden Fortschritte, die die Östliche Partnerschaft bisher erzielt hat, und bekräftigt seinen auf Anreizen und Bedingungen beruhenden Ansatz, um die östlichen Partnerländer zu ermutigen, weiterhin Reformen einzuleiten und ihre diesbezüglichen Anstrengungen weiter zu verstärken. Der Rat bestätigt, dass der derzeitige politische Rahmen, einschließlich der „20 Zielvorgaben für 2020“, gültig ist und greifbare Ergebnisse und Vorteile für die Menschen mit sich bringt.

"Der Rat betont ferner, wie wichtig es ist, dass die künftige Östliche Partnerschaft einen strategischeren, ehrgeizigeren, flexibleren und inklusiveren Rahmen für die Zusammenarbeit bietet, der es den Beteiligten ermöglicht, gemeinsame und globale Herausforderungen in einer Vielzahl von Bereichen gemeinsam zu bewältigen, insbesondere in der gegenwärtigen, durch die COVID-19-Pandemie hervorgerufenen beispiellosen Situation“.

In den Schlussfolgerungen wird nachdrücklich ein erneutes Bekenntnis zu den Grundlagen der Östlichen Partnerschaft gefordert. Dazu gehören Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und eine erfolgreiche Antikorruptionspolitik, darüber hinaus aber auch Wirtschaftsreformen, umwelt-, klima- und energiepolitische Herausforderungen, der digitale Wandel und Investitionen in Menschen.

Mehr Kompetenzen für die EU in der Gesundheitspolitik

Pressemitteilung des Präsidiums der EUD vom 15.05. 2020

Eine Erkenntnis aus der Corona-Pandemie ist, dass die Verbesserung der menschlichen Gesundheit und die Bekämpfung von grenzüberschreitenden Krankheiten nur durch gemeinsames, abgestimmtes Handeln gesichert werden können. Eine europäische Koordinierung der Gesundheitspolitik ist unverzichtbar für ein hohes Gesundheitsschutzniveau in der EU und für das Funktionieren der Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger.

Die EU-Kompetenzen in der Gesundheitspolitik sind allerdings relativ schwach. Sie beschränken sich bisher auf den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, für den die EU-Richtlinien für Mindeststandards verabschieden kann, die für die Mitgliedstaaten verbindlich sind, auf Regelungen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes sowie auf Fragen der wechselseitigen Anerkennung im Rahmen der Freizügigkeit. Das finanzielle Instrument zur Umsetzung ist das EU-Aktionsprogramm Gesundheit, das derzeit rund 450 Millionen € für sieben Jahre beträgt und bei den Haushaltsverhandlungen der kommenden Monate deutlich erhöht werden muss. Sein Mehrwert besteht u. a. darin, Mitgliedstaaten zu unterstützen, Kapazitäten ihrer nationalen Kontaktstellen zu stärken und Unterschiede bei nationalen Umsetzungen im Gesundheitswesen zu beseitigen.

Die EU kann die Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik auch nach heutigem Vertragsrecht, das 2009 in Kraft trat, unterstützen und ihre Zusammenarbeit fördern. Bei aller Anerkennung des Subsidiaritätsprinzips, durch das die Mitgliedstaaten Verantwortung für die Organisation ihres Gesundheitswesens tragen, hat die Corona-Pandemie gezeigt, dass eine europäische Kooperation nicht ausreicht, um Defizite in der Gesundheitsversorgung auszugleichen.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland fordert:

- ein europäisches Infektionsschutzgesetz, das einen verbindlichen Rahmen festlegt für europaweite oder regionale Shutdown-Regelungen in Abhängigkeit von klaren epidemiologischen Kriterien und für gemeinsame Regeln im Schengen-Raum, die sicherstellen, dass Grenzschießungen nur ausnahmsweise, befristet und koordiniert erfolgen;
- europäische Datenbanken mit anonymisierten Gesundheitsdaten für eine optimale Kontrolle von gesundheitlichen Krisenlagen in Echtzeit sowie eine europäische Infektionsschutz-App, gleichfalls mit anonymisierten Daten, die den EU-Datenschutzstandards entspricht;
- die Sicherstellung einer verlässlichen Versorgung mit wichtigen Arzneimitteln, hierzu konkret die Ausweitung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), die den Kern einer zu errichtenden europäischen Gesundheitsbehörde bilden muss sowie eine europaweite Bevorratung unverzichtbarer medizinischer Materialien, Medikamente und Geräte, die die EMA unter parlamentarischer Kontrolle überwacht;
- eine umfangreiche Förderung medizinischer und pharmazeutischer Forschung in Europa und ein Rahmenprogramm für eine innovations- und wettbewerbsfähige europäische Pharmaindustrie;
- die Sicherung grenzüberschreitender Pflegedienstleistungen durch die Zertifizierung entsprechender Anbieter und Gewährleistung der Reisefreiheit deren Mitarbeiter auch bei Beschränkungen an den EU-Binnengrenzen;
- eine EU-weite Koordinierung von freien intensivmedizinischen Kapazitäten und Ressourcen bei regionaler Unterversorgung zur Sicherstellung einer grenzüberschreitenden Notversorgung;
- eine Vorsorgestrategie, die dazu beiträgt die EU-Bürgerinnen und Bürger nachhaltig auf Herausforderungen wie die Corona-Pandemie vorzubereiten.

###

Zum deutsch-französischen Vorschlag zur Unterstützung von EU-Staaten bei der Überwindung der Corona-Folgen

Aus einem Beitrag von Eric Bonse, Korrespondent in Brüssel, in „Cicero. Magazin für politische Kultur“ vom 20. 05. 2020

„Was ist da passiert? Ist das „ein historischer Schritt für Frankreich und Deutschland und auch ein historischer Schritt für die gesamte Europäische Union“, wie der französische Finanzminister Bruno Le Maire jubelt? Oder ist das ein „Dammbruch, der das geltende Recht auf den Kopf stellt“, wie etwa die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, befürchtet?

Zunächst einmal ist es eine handfeste Überraschung. Denn so einig haben sich Macron und Merkel schon lange nicht mehr gezeigt. Noch vor sechs Wochen, bei einem missglückten EU-Videogipfel, waren sie heftig aneinandergeraten. Die Kanzlerin hatte sich auf die Seite der Nordeuropäer geschlagen, die für strikte Budgetdisziplin eintreten und EU-Schulden kategorisch ablehnen.

Macron hingegen hatte, gemeinsam mit Italien, Spanien und sechs weiteren EU-Ländern, einen schuldenfinanzierten „Recovery Fund“ gefordert. ...

Und nun das. Der erste Aufschlag kommt nun nicht aus Brüssel, sondern aus Berlin und Paris. Und er hat wenig zu tun mit den ehernen Prinzipien der Nordeuropäer, sondern ähnelt verdächtig den Wünschen der Südeuropäer. Jedenfalls auf den ersten Blick. Bei näherer Betrachtung sieht die Sache allerdings anders aus. Sowohl Macron als auch Merkel haben sich bewegt. Und Merkel hat nach langem Zögern nur jene Positionen geräumt, die ohnehin unhaltbar geworden waren.

Nach dem deutsch-französischen Kompromiss wird es künftig zwar EU-Schulden geben – aber nur einmal, für die Corona-bedingte Ausnahmesituation. Ein Präzedenzfall soll daraus nicht werden, so hofft Merkel offenbar. Zudem konnte die Kanzlerin durchsetzen, dass eine gesamtschuldnerische Haftung ausgeschlossen bleibt. Deutsch-

land und die anderen EU-Staaten sollen nur für jenen – begrenzten – Anteil haften, den sie als Garantie ins EU-Budget einbringen.

Teuer wird es trotzdem, denn die Schulden sollen von allen EU-Staaten abgestottert werden – und nicht von den Hilfsempfängern, wie dies die Nordeuropäer fordern. Auf Deutschland kommen damit für viele Jahre höhere EU-Beiträge hinzu. Allerdings wird dies zu einem Teil dadurch ausgeglichen, dass das künftige EU-Budget knapp über einem Prozent der Wirtschaftsleistung eingefroren wird. Hier mußte Macron eine Kröte schlucken, er wollte viel mehr.“

####

Nicht sparsam, sondern blind

**Die Gegner des Plans erkennen den Ernst der Lage nicht, wettet
Chefredakteur Massimo Giannini in La Stampa:**

„Man bezeichnet sie als 'sparsam', die vier europäischen Länder, die dem 500 Milliarden Euro starken Europäischen Fonds von Angela Merkel und Emmanuel Macron den Weg versperren. Das Attribut haben sie, wenn man ehrlich ist, nicht verdient. Die Niederlande, Dänemark, Österreich und Schweden sind 'blind'. Sie sehen nicht, was wir alle, die Bürgerinnen und Bürger der Union, tagtäglich am eigenen Leib erfahren und erleiden. Sie sehen nicht, was Mario Draghi vor genau zwei Monaten in der Financial Times erklärte, dass nämlich die Pandemie eine 'menschliche Tragödie von potenziell biblischem Ausmaß' ist. Viele Menschen riskieren ihr Leben, und noch vielen mehr droht der Verlust ihrer Lebensgrundlage. ... Es muss verhindert werden, dass die große Rezession zu einer langen Depression wird.“

####

Das EU-Parlament betont sein Mitspracherecht beim Wiederaufbauplan nach der Coronakrise

„Wir haben als Parlament das letzte Wort“, sagte Parlamentspräsident David Sassoli am 15. Mai in Brüssel. Das Parlament habe dies in einer EntschlieÙung mit großer Mehrheit klar gemacht. Die Abgeordneten fordern in dem Text unter anderem ein Finanzpaket im Umfang von zwei Billionen Euro.

Das Parlament positionierte sich mit der EntschlieÙung zum Wiederaufbauplan, mit dessen Ausarbeitung die EU-Staats- und Regierungschefs im April zunächst die EU-Kommission beauftragt hatten. Das Vorhaben soll Europas Wirtschaft nach der Corona-Pandemie schnell wieder aus der Rezession holen. Wegen der schwierigen Sondierungen hatte die Kommission die Veröffentlichung ihres Vorschlages zudem mehrmals verschoben. Ein Kommissionssprecher nannte nun den 27. Mai als Datum. Während sich die Mitgliedsstaaten nicht einigen könnten und die Kommission die Veröffentlichung verschiebe, gebe es im Parlament eine klare Mehrheit für konkrete Vorschläge.

Hauptsächlich in Form von Zuschüssen soll das Geld der EntschlieÙung zufolge die Wirtschafts- und Sozialsysteme der Mitgliedstaaten stützen und zugleich den grünen und digitalen Wandel forcieren. Das Parlament warnt die Kommission zudem davor, für die Finanzierung des Konjunkturprogramms bestehende oder geplante EU-Programme zu kürzen oder die parlamentarische Kontrolle einzuschränken.

Sollten die Forderungen nicht erfüllt werden, behält sich die Volksvertretung vor, die Verabschiedung des Vorhabens mit ihrem Veto zu blockieren.

####

Zur Vorbereitung der „Zukunftskonferenz“

Es gelte nun, “ernsthaft über das sprechen, was Europa jetzt nicht ausreichend konnte und was die Zukunft der Europäischen Union ausmachen wird“, sagte Bundeskanzlerin Merkel. Ursprünglich war der Auftakt der Konferenz für den 9. Mai 2020 geplant gewesen. Aufgrund von Covid-19 wurde er auf unbestimmte Zeit verschoben. Ob die Zukunftskonferenz im zweiten Halbjahr 2020 und damit während der deutschen Ratspräsidentschaft beginnen kann, hänge von der weiteren Entwicklung der Pandemie ab. Dennoch könnte Deutschland eine wichtige Rolle bei der operativen Vorbereitung der Konferenz zukommen.

Bisher wird die Konferenz im Programm für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nicht aufgeführt. Linn Selle, Präsidentin der EBD, zeigt sich aber optimistisch: “Wir gehen davon aus, dass die Konferenz mit aufgenommen werden wird“, sagt sie im Gespräch mit EURACTIV Deutschland. Angesichts der Defizite der Europäischen Union, die die Corona-Krise in den vergangenen Wochen offenbart hat, drängen vor allem Bundestags- und Europaabgeordnete sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft darauf, im Rahmen der Konferenz auch über Vertragsrevisionen zu diskutieren.

Neben zahlreichen institutionellen Diskussionen ist davon auszugehen, dass auch neue inhaltliche Felder auf die Konferenz-Agenda rücken werden. Die Europäische Kommission hatte im Januar vor allem die Bewältigung des Klimawandels, die soziale Gerechtigkeit und den digitalen Wandel als politische Prioritäten genannt. Zukünftig dürften auch die Einführung eines europäischen Gesundheitssystems, die Forderungen nach mehr technischer Souveränität und die Diskussionen um die Einführung neuer finanzieller Instrumente zur Bewältigung der Krise in den Fokus rücken, wie Merkel und Macron Anfang der Woche deutlich machten.

Bundeskanzlerin Merkel hat sich in den vergangenen Wochen häufiger offen gegenüber möglichen Vertragsänderungen gezeigt. Es

sei vollkommen evident, dass man in den letzten Jahren “nicht ausreichend bei der Ausgestaltung der politischen Union vorangekommen” sei, sagte Merkel am 13. Mai im Deutschen Bundestag. Daher werde es eher mehr Integration geben müssen als weniger, so die Kanzlerin. Auch am vergangenen Montag bekräftigte Merkel, dass die europäische Antwort auf die Krise “Vertragsveränderungen erforderlich machen könnte”.



Am 1. Juli wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen.

Der deutsche Vorsitz wird stark von der andauernden COVID-19 Krise und ihrer Bewältigung geprägt sein. Die Themen, die ursprünglich für die Agenda der Ratspräsidentschaft vorgesehen waren, wie der Abschluss der Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen, die digitale Transformation oder das Verhältnis zu China, sind im Lichte der Pandemie neu zu bewerten. Einige Themen gewinnen an Bedeutung, wie die Gesundheitspolitik, andere treten in den Hintergrund. Auch die organisatorischen Rahmenbedingungen verändern sich.

GRENZENLOS EUROPÄISCH

Offene Grenzen zwischen EU-Staaten!

(Aus einem Beschluss des Präsidiums der EUD vom 20. 05. 2020)

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland (EUD) anerkennt, dass das Schengen-System zeitlich befristete Grenzschießungen in begründeten Ausnahmesituationen zulässt. Die unkoordinierten Grenzschießungen zu Beginn der Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus in Europa haben dem Zusammenhalt der EU geschadet ...

Die EUD ist überzeugt, dass es kein Problem gibt, keine Herausforderung, die die EU-Mitglieder nicht besser zusammen angehen als getrennt. Schlagbäume an den Binnengrenzen, kilometerlange Staus, Störungen im Warenverkehr und beschnittene EU-Bürgerrechte lösen kein einziges Problem, sondern schaffen vielmehr zahlreiche neue. Mit Sorge sieht die EUD, dass durch die Grenzschießungen bzw. Einreisebeschränkungen in den Grenzräumen Vertrauen verloren zu gehen droht, das in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut wurde. Gelebtes europäisches Miteinander und gemeinsames Wirtschaften ist gerade in den Grenzregionen sichtbar und für die Bürgerinnen und Bürger in den Regionen Normalität. ... Die EUD fordert deshalb die sofortige Öffnung der Binnengrenzen des Schengen-Raums und, wo Einschränkungen der Freiheitsrechte temporär im Sinne des Seuchen-schutzes geboten sein sollten, koordinierte europäische Maßnahmen. ...

Darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass im Fall einer Pandemie Grenzschießungen bzw. Einreisebeschränkungen nur dann und solange gerechtfertigt sein dürfen, wenn sich das Infektionsgeschehen entlang einer Grenze erheblich unterscheidet; dabei sollte ein regional differenzierter Ansatz zur Bewertung herangezogen werden ... Vor einer beabsichtigten Grenzschießung bzw. dem Erlass von Einreisebeschränkungen sollten neben den nationalen Regierungen auch die regionalen und lokalen Behörden auf beiden Seiten der Grenze sowie möglichst auch die Parlamente in den betroffenen Mitgliedstaaten vorab informiert und konsultiert werden.

Information über einen Offenen Brief des Präsidenten der EUF Sandra Gozi, MdEP, vom 26. 05. 2020 an die Abgeordneten des EP

In einem offenen Brief fordert die europäische Dachorganisation der Europa-Union die Abgeordneten des Europäischen Parlament auf, umgehend dringend erforderliche Änderung der europäischen Verträge vorzuschlagen. Zusammen mit den anderen EU-Institutionen müsste das Europäische Parlament den Prozess der Vertragsrevision in Angriff nehmen. Ziel müssten begrenzte, aber wirksame Änderungen der Verträge zur Lösung der vorhandenen Probleme sein: eine Reform des Systems der EU-Eigenmittel, die Abschaffung der Einstimmigkeit und die Schaffung neuer EU-Finanzinstrumente zur Unterstützung der Neuemission von EU-Schulden.

Sandro Gozi, MdEP und Präsident der Union europäischer Föderalisten, erklärte hierzu, das dringendste Problem sei hierbei die Schaffung eigener europäischer Einnahmen, damit die Europäische Union einen wirksamen Beitrag zur Überwindung der Corona-Krise leisten kann, ohne höhere Beiträge von den Mitgliedstaaten zu verlangen. Hierbei müsse der Schwerpunkt insbesondere auf eine europäische Besteuerung digitaler und finanzieller Großunternehmen sowie der Verschmutzung der Umwelt gelegt werden. Nur so könne sichergestellt werden, dass von der Europäischen Union übernommene Schulden vom EU-Haushalt garantiert und letztendlich zurückgezahlt werden können und nicht auf direkte oder indirekte Garantien der Mitgliedstaaten und deren Fähigkeit zur Rückzahlung solcher Schulden angewiesen sind. Die rasche Umsetzung dieser Reformen sei auch die Voraussetzung und Grundlage für die Eröffnung der Konferenz über die Zukunft Europas, die sich dann auf die Verwirklichung einer echten Politischen Union konzentrieren müsse.

(Information durch Dr. Otto Schmuck, Vizepräsident der UEF, auf der Webseite der EUD vom 26. 05. 2020)

Eine Meldung zum Schluss:

Die Zahl der weltweit registrierten Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus hat Anfang Juni die Schwelle von fünf 1/2 Millionen überschritten. Mehr als 350 000 Menschen starben bislang.

Am stärksten betroffen ist Europa mit fast 2 Millionen nachgewiesenen Infektionen und rund 170.000 Todesopfern, gefolgt von den USA mit über 1,55 Millionen Fällen und bereits über 100 000 Todesopfern.

Die tatsächliche Zahl der weltweiten Infektionen liegt weit höher, da in vielen Ländern nur schwer Erkrankte auf das Coronavirus getestet werden und viele Fälle unerkannt bleiben.

In Mecklenburg-Vorpommern ist die Entwicklung bis Ende Mai 2020 außerordentlich positiv gewesen. Diese Tatsache sollte jedoch nicht dazu führen, die Schutzmaßnahmen zu vernachlässigen.

Redaktion: Prof. Dr. Joachim Gasiiecki

Layout: Axel Schöne

Verantwortlich i. S. d. P.: Bildungsring „Europa MV“, Ralf-Peter Hässelbarth
5. Ringstr., Wiekhaus 53, 17033 Neubrandenburg,
0395 / 5 66 65 31, info@europa-union-mv.de

Der Bildungsring „Europa MV“ wird gefördert durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern.